



Vorabzustellung an  
info@dvs.gr.ch  
Departementssekretariat  
Departement für Volkswirtschaft und  
Soziales Reichsgasse 35  
7000 Chur

Davos, 30.1.2013/VFA

## **Vernehmlassung zum Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Graubünden**

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident, geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns gewährte Gelegenheit, zum Gesetz über die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Graubünden Stellung nehmen zu können.

Nachfolgend erwähnen wir

1. einige wichtige Anforderungen, die nach Meinung der SVP Graubünden für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung erfüllt sein müssen, anschliessend
2. eine Beurteilung des Revisionsentwurfs, gemessen an den Anforderungen, und letztlich
3. unsere Schlussfolgerungen zur Revisionsvorlage, die – es sei vorweggenommen – ernüchternd ausfallen.

### **Anforderungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung**

Oberstes Ziel der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist die anhaltende Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Arbeits- und Lebensraums Graubünden und somit die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Wertschöpfung in allen Regionen. Diese Einführung im erläuternden Bericht kann die SVP Graubünden voll und ganz unterstreichen. Allerdings erfüllt unserer Meinung nach die vorgestellte Revision in keiner Weise die Erwartungen der SVP und auch das erwähnte oberste Ziel wird dadurch nicht erfüllt. Unser Kanton steht wirtschaftlich schlecht da und für eine erfolgreiche Entwicklung braucht es andere Massnahmen.

- Im Vergleich mit den anderen Kantonen hat sich die Lage Graubündens massiv verschlechtert. Praktisch alle Kantone verzeichnen ein grösseres Wirtschaftswachstum.
- Graubünden hat nur eine Chance, wenn in unserem Kanton mehr Investitionen, insbesondere von privater Seite, ausgelöst werden. Dazu braucht es eine Stärkung wertschöpfungsintensiver Branchen und einer Stärkung unserer Attraktivität, damit mehr Mittel in unseren Kanton fliessen.
- Für das Gewerbe und die Wirtschaft sind eine tiefe Besteuerung und ein starker Abbau von bürokratischen Hürden entscheidend. Graubünden muss für Investoren interessant gemacht werden.



- Der Kanton muss alles daran setzen, dass finanzkräftige Personen ihren Wohnsitz in unseren Kanton nehmen. Steuersenkungen und die Weiterführung der Pauschalbesteuerung sind dazu wichtige Eckpfeiler.
- Eine gute Verkehrserschliessung ist eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir fordern von der Regierung und den Bundesparlamentariern gegenüber dem Bund Aktivitäten, welche die Benachteiligungen Graubündens in der Verkehrserschliessung und Verkehrsfinanzierung beseitigen.
- Die Elektrizitätswirtschaft ist eine wichtige Säule unserer Wirtschaft, aber auch des Kantons und der Gemeinden. Wir fordern ein Gesamtkonzept, welches unserer Wirtschaft eine sichere und preisgünstige Energieversorgung sichert. Wichtig ist sodann eine unkomplizierte Behandlung der Gesuche für den weiteren Ausbau der Wasserkraft.

### **Beurteilung des Revisionsentwurfes**

Im Gesetzesentwurf wird in erster Linie auf die Förderung über Beiträge, Mitgliedschaften und Beteiligungen eingegangen. Die gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit haben aber gezeigt, dass diese Form der Wirtschaftsentwicklung sehr fragwürdig ist. Gewerbe und Industrie brauchen in erster Linie gute Rahmenbedingungen, wie wir unter den Anforderungen aufgeführt haben. Die Wirtschaftsstrategie des Kantons, falls eine solche vorhanden ist - müsste viel mehr die Hebel dort ansetzen, statt in der Vergabe von à-fonds-perdu Beiträgen. Für neue und vor allem auch für bestehende Unternehmungen zählen gute Rahmenbedingungen viel mehr als einzelbetriebliche Förderungen. Nur attraktive Rahmenbedingungen können Arbeitsplätze sichern und schaffen. Mit dem Gesetzesentwurf werden praktisch keine Massnahmen in diese Richtung vorgesehen. Bestehende Unternehmungen finden kaum Erwähnung. Konzentriert wird auf Massnahmen, welche viel Bürokratie verlangen und wenig Wirkung haben werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass in unserem Kanton viele Massnahmen und Verfahren eher Wirtschaftshemmend sind. Wir denken hier an die vorgeschlagene aber gescheiterte neue Tourismusabgabe oder an viele gute Projekte welche im kantonalen Bewilligungsverfahren durch die verschiedenen Ämter verhindert, verkompliziert oder verteuert wurden.

Zu den im Entwurf vorgeschlagenen Massnahmen möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

- Neue bürokratische Instrumente sind für uns Tabu. Viele der vorgesehen Massnahmen verlangen aber bürokratische Bewilligungsverfahren.
- Es darf nicht sein, dass ein Wirtschaftsentwicklungsgesetz dem AWT freie Hand für die Verteilung von Förderungsgeldern gibt. Die Revision geht aber stark in diese Richtung.
- Es ist nicht Sache des Kantons, sich an KMU's zu beteiligen. Der Kanton soll für gute Rahmenbedingungen sorgen und sich nicht direkt ins Marktgeschehen einmischen.
- Die einzelbetrieblichen Förderungsmassnahmen können höchstens in Zusammenhang mit einer klaren Wirtschaftsstrategie des Kantons erfolgen. Ansonsten sind sie völlig wirkungslos. Diese Strategie aber vermissen wir.
- Unser Kanton kennt keine „potenzialarme Gebiete“. Es ist eine Diskriminierung einzelner Regionen, sie als potenzialarm zu bezeichnen. Die SVP hat diesbezüglich bereits mehrmals Stellung genommen.
- Der Kanton soll dafür sorgen, dass Gemeinde, welche Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stellen wollen, diese Möglichkeit auch erhalten. Allerdings ist es nicht Sache des Kantons in den Gemeinden Flächeneigentümer zu werden.
-

- Vielmehr sollte eine Datenbank der verfügbaren Flächen geführt und auch schnelle, unbürokratische Umzonungen ermöglicht werden.
- Massnahmen in den einzelnen Gemeinden dürfen die Gemeindeautonomie nicht übergehen und müssen auf jeden Fall mit der Gemeinde abgesprochen werden.

Als positiv erachten wir die Idee des One-stop-shop. Diese vorgesehene Massnahme ist wichtig und kann auch völlig unbürokratisch und ohne Gesetzesrevision bereits heute umgesetzt werden.

### **Schlussfolgerungen**

Aus Sicht der SVP erfüllt die Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden in keiner Weise die heutigen Erwartungen und Anforderungen an den Kanton. Eine Behandlung dieser Vorlage erachten wir dadurch als sinnlos. Vielmehr sind wir der Meinung, dass diese Revision zurück an den Absender gehört und neue Varianten der Wirtschaftsförderung präsentiert werden müssen. Die in der Vernehmlassung gestellten Fragen sind nicht repräsentativ und sehr tendenziös verfasst. Die SVP verzichtet somit auch die Beantwortung dieser Fragen.

Vielen Dank für das Beachten unserer Anträge.

Mit freundlichen Grüssen

### **SVP Graubünden**



Nationalrat Heinz Brand  
Präsident

Valérie Favre Accola  
Parteisekretärin